

3684/J XX.GP

der Abgeordneten Rosenstingl und Kollegen
betreffend Zukunft der Buslinien der Post

Im Zuge der Ausgliederung der Post aus dem Bundeshaushalt hat diese bei den nicht kostendeckenden Buslinien massive Einstellungen angekündigt, die lediglich dann eventuell unterbleiben sollen, wenn Gebietskörperschaften sich am Abgang finanziell beteiligen.

Dies ist insofern problematisch, als das hierfür vorgesehene und von Generationen von Verkehrsministern versprochene Nahverkehrsfinanzierungsgesetz nach wie vor nicht einmal offiziell zur Begutachtung ausgesandt wurde, geschweige denn beschlossen ist. Daher fehlen letztlich die Mittel um derartige Leistungen zu bestellen, andererseits werden die Einstellungspläne zusehends konkreter und es droht damit die ohnedies dünne Erschließung mancher Landesteile mit öffentlichen Verkehrsmitteln endgültig zusammenzuberechnen. Dies aber ist zweifelsfrei dann nicht mehr bloß Sache der betroffenen Gemeinden, vielmehr hat der Verkehrsminister hier eine klare Verantwortung, zumal auch im Gesamtverkehrskonzept 1991 von Mindesterschließungsstandards für ländliche Gebiete im öffentlichen Verkehr die Rede ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr folgende

Anfrage

1. Wann werden Sie das Nahverkehrsfinanzierungsgesetz zur Begutachtung verschicken?
2. Wann soll es Ihren Planungen zufolge in Kraft treten, zumal ein Finanzgesetz dieser Tragweite zweifellos auf die Budgeterstellung erhebliche Auswirkungen haben muß und daher eine Berücksichtigung für das Budget 1999 kaum mehr realistisch erscheint?
3. Welche Änderungen des Kraftfahrlineiengesetzes werden Sie vorschlagen, um in Zukunft die Voraussetzungen für eine vernünftige Versorgung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zu vernünftigen Preisen zu ermöglichen?
4. Welche Buslinien sollen nach derzeitiger Planung der Post und der ÖBB im einzelnen stillgelegt werden, wenn keine Kostenbeteiligung der Gebietskörperschaften erfolgt?
5. In welchen Fällen davon wurde inzwischen eine Einigung über die Finanzierung und damit eine Rettung des Angebotes erzielt?
6. Welche Maßnahmen werden Sie - im Hinblick auf das Fehlen des Nahverkehrsfinanzierungsgesetzes - ergreifen, um einem Kahlschlag im öffentlichen Personennahverkehr entgegenzuwirken?